

**Aus dem Protokoll der gemeinsamen Beratung
der LAG Senior*innenpolitik / AG Rostock
vom 09.09. 2020**

Im Mittelpunkt der Beratung stand der Austausch darüber, wie wir unsere Vorhaben unter den Bedingungen der Corona-Pandemie umsetzen können.

Die Teilnehmer stimmten in der Einschätzung zur Corona-Pandemie überein, dass sich dadurch die Lebensweise weltweit und in allen Bereichen verändern wird.

Dabei müssten wir als LINKE uns treu bleiben und noch überzeugender für die Beantwortung der sozialen und ökologischen Frage als Einheit eintreten, weil die Lösung des einen Problems nicht ohne die Lösung des anderen zu haben ist.

Als Mitglieder der Seniorenorganisation der LINKEN waren wir uns einig, für die Unterstützung der Schwächeren in der Gesellschaft, also z.B. für Alte, Behinderte oder Kinder, einzutreten, um zu helfen, die Schere zwischen Arm und Reich zu verringern.

Die zeitweilige Schließung von Bildungs- und Kultureinrichtungen verdeutlichte uns, wie unverzichtbar der Einsatz für Bildung und Kultur ist.

Durch die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Folgen der Pandemie bekamen immer mehr Menschen Schwierigkeiten, ihre Alltagsprobleme zu bewältigen, denen unsere Hilfe und Unterstützung gehört.

Kommunale Entscheidungsträger, wie Gemeindevertretungen und Verwaltungen standen vor schwierigen Abwägungen. Um angemessene Hygiene-Maßnahmen zu ergreifen, brauchte es gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zum Virus, die anfangs noch fehlten.

In der Beratung setzte sich die Auffassung durch, dass angesichts der vielfältigen und widersprüchlichen Informationen die Analyse der Informationsquellen und Bewertungskompetenz zwingend notwendig sind.

Am 29.09.2020 nahmen 2 Mitglieder unserer LAG an der BAGSO-Fachtagung in Neubrandenburg teil, die unter dem Thema steht: "Die Gesundheit älterer Menschen in den Kommunen kreativ gestalten – Genussvoll essen, Körper und Geist bewegen, Gemeinschaft und Freude erleben"

Die Auswertung der BAGSO-Fachtagung wird u.a. auf der Tagesordnung der Beratung der LAG Senior*innenpolitik am 18.11. 2020 stehen.